

Betreff: Konzept für Pilotanlagen zur Testung einer Ladeinfrastruktur für mobile Endgeräte an den Endhaltestellen



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

eingebraucht von Herrn Gemeinderat Manuel Lenartitsch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 7. Juli 2022

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!
Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Unterwegs zur Arbeit oder in die Schule, beim Einkaufen oder als Tourist beim Sightseeing – eines haben die Meisten immer dabei, wenn sie sich in der Stadt bewegen: das Smartphone. Doch was, wenn der Akku plötzlich versagt? Wie kommen wir ohne die mobile Navigation von A nach B und wie informieren wir unseren Chef, dass wir uns verspäten? Wie kann ich meine Freunde erreichen oder zu Hause Bescheid geben, wenn sich die Pläne ändern? Hier könnten die Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel Abhilfe schaffen.

Die Möglichkeiten sind hier vielfältig: Bänke, die über Photovoltaikpaneele Energie zur Verfügung stellen. Erweiterung von bestehenden digitalen Anzeigen um ein Lademodul oder auch das Anbringen einer Einheit bestehend aus Paneel und USB Stecker. Die Zukunft der Mobilität wird sich vermehrt im Bereich des öffentlichen Verkehrs bewegen. Somit werden sich auch viele Menschen dort bewegen.

Unsere Jugendlichen sind förmlich mit dem Handy aufgewachsen und nicht nur sie, alle müssen derzeit - anstelle im öffentlichen Verkehrsmittel Bus - einen Fahrschein über eine App kaufen. Dies wird auch weiterhin forciert. Glaubt man den Umfragen der Holding Linien ist dies der kommende Trend.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden gemäß Motivenbericht ersucht, mit der Holding Graz Gespräche zu führen, damit ein Konzept für einen Pilotversuch entwickelt wird, um das Laden mobiler Endgeräte an den Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel bzw. in den öffentlichen Verkehrsmitteln selbst zu ermöglichen. Dem Gemeinderat ist bis November ein Bericht vorzulegen.